

Schuhmacher-Fachblatt

Organ der deutschen Schuhmacher

Erforsche die Wahrheit,
Dann kommst du zur Klarheit.

Erscheint jeden Sonntag. — **Abonnementspreis:** pro Quartal durch die Expedition per Kreuzband bezogen 1,10 Mk., bei der Post 95 Pf. Alle Postanfragen nehmen Befehlsungen entgegen. Auch zu beziehen durch die Expedition in Götting. Kreuzbandsendungen innerhalb Deutschlands und nach Estland kosten 4 Exemplare a 1 Mk. 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare a 85 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplare a 1 Mk. 80 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare a 90 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt“ steht in der Preisliste unter Nr. 6840. — **Inserate** werden mit 25 Pf. die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent, bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 33 1/2 Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 31

Götting, 3. August

1902

Wie es mit der Schuhindustrie in Preußen steht.

Im allgemeinen erfährt man bekanntlich viel zu wenig über die Verhältnisse und die bedeutenden Veränderungen der deutschen Schuhindustrie. Die Bekleidungsindustrie-Verufsgenossenschaft, die doch an der Quelle sitzt, hat es noch nicht der Mühe wert gefunden, Jahr für Jahr in ihren Geschäftsberichten eine Statistik über den Stand der Schuhindustrie und der anderen mit ihr in der Genossenschaft vereinigten Gewerbe zu geben und so allmählich eine wertvolle vergleichende Statistik zu schaffen, die für die Unternehmer nicht weniger Wert hätte als für die Arbeiter. An dieser sehr bedauerlichen Unterlassung tragen jene Schuhfabrikanten und andere Unternehmer, welche den Genossenschaftsvorstand bilden, die alleinige Schuld. Würden sie die alljährliche Aufstellung einer Betriebsstatistik und deren Veröffentlichung in den Jahresberichten verlangen, die Beamten müßten dann einfach demgemäß verfahren. Ferner möchten wir zur Kennzeichnung der amtlichen Vernachlässigung der Schuhindustrie anführen, daß über den auswärtigen Schuhhandel nur Angaben bezuglich der Mengen, aber nicht auch bezüglich des Wertes gemacht werden. Der Wert des Mißes für die Agrarier wird dagegen genau bekannt gemacht. Neben den Schuhfabrikanten trägt auch ihre Presse mit die Schuld an dieser bedauerlichen Vernachlässigung der Schuhstatistik.

Unter diesen Umständen muß man daher den Fabrikinspektoren dafür dankbar sein, daß sie in ihren Amtsberichten mancherlei, auch statistische Mitteilungen über die Schuhindustrie machen. Solche finden sich auch und zwar in größerer Reichhaltigkeit als im Vorjahr in den Berichten der preussischen Fabrikinspektoren. So erfahren wir aus dem Berichte des Erfurter Aufsichtsbeamten, daß die Geschäftslage der Erfurter Schuhindustrie wie auch einiger anderer Industrien eine recht gute war, indem sie reichliche Aufträge hatten. Da es aber, wie bekannt, in Erfurt wie anderwärts auch arbeitslose Schuhmacher gab, so waren zweifellos nicht alle Schuhfabrikanten gleichmäßig gut beschäftigt.

Nicht geringes Interesse bieten die Angaben über die unter dem Einflusse der Krise vorgekommenen Verschiebungen in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft, die durch die Zunahme der billigen Frauen- und Kinderarbeit ihr charakteristisches Gepräge erhielten. So wird aus dem Kreise Merseburg berichtet, daß die Zahl der beschäftigten Kinder von 94 auf 86 zurückgegangen, in der Schuhindustrie dagegen um 37 gestiegen ist. „Diese unliebbare Erscheinung“, bemerkt dazu der Aufsichtsbeamte, „hat ihren Grund in dem schlechten Geschäftsgang dieser Industrie, der während des ganzen Jahres angehalten und die Arbeitgeber veranlaßt hat, möglichst billige Arbeitskräfte einzustellen. Man hat daher wenigstens an den Vor- und Nachmittagen Kinder zu Ganblagerdiensten, die sonst von jungen Leuten geleistet wurden, herangezogen. An jungen Leuten hat es gefehlt, da diese sich wegen des in Aussicht stehenden geringen Verdienstes, bedingt durch viele Feiertage und Kürzungen der täglichen Arbeitszeit fernhielten.“

Im Sigmaringer Bezirke nehmen die Bekleidungs-gewerbe (Schuh- und Korsettfabrikation) 32,2 Prozent der 500 jugendlichen Arbeiter, also 161, in Anspruch, ferner 24,83 Prozent der 1047 Arbeiterinnen, also 262. Im Merseburger Berichte wird von Verminderung der Arbeiterzahl in der Schuhindustrie und andern Industrien berichtet. Ueber die bezüglichen Verhältnisse in Weissenfels wird gesagt: „Auch die in Weissenfels ansässige Schuhwarenindustrie hatte schwer unter der Ungunst der wirtschaftlichen Lage zu leiden, da sich hier die verminderte Kaufkraft der Arbeiterkundschaft in Rheinland und in Weissenfels, für deren Bedarf in großem Umfang gearbeitet wird, sehr stark fühlbar machte. Die Fabriken arbeiteten zeitweilig sämtlich mit verkürzter Arbeitszeit, teilweise mit Einlegung mehrerer Feiertage in jeder Woche und auch Arbeiterentlassungen konnten nicht vermieden werden. Eine geringe Besserung trat gegen Ende des Jahres ein, das Vertrauen auf deren Dauer war aber gering.“

Bei dieser Geschäftslage berührt es gewiß seltsam, wenn der Sigmaringer Aufsichtsbeamte von 912 Ueber-

stunden berichtet, die für die Arbeiterinnen in Schuhfabriken behördlich bewilligt wurden. Dort Feiertagen und hier Ueberstunden, eine merkwürdige Wirtschaftsordnung. Dazu gehört denn auch, daß einer Schuhfabrik in Weissenfels erlaubt wurde, Sonntagarbeit sollte überhaupt weder mit noch ohne behördliche Bewilligung in der Schuhindustrie mehr vorkommen.

Eine sonderbare behördliche Erlaubnis wurde zwei Erfurter Schuhfabriken erteilt, nämlich die Erlaubnis zur Verkürzung der Mittagspause der Arbeiterinnen, welche kein Hauswesen zu beorgen haben, auf eine halbe Stunde! Den Arbeiterinnen wurde gleichzeitig eine viertelstündige Frühstückspause gewährt. Die gesamte tägliche Arbeitszeit betrug in dem einen Falle 9 3/4, in dem andern 9 1/4 Stunden. Bei solcher Arbeitszeit halten wir eine nur halbständige Mittagspause für ungenügend. Im Gegensatz hierzu wurde im Merseburger Bezirke einer Schuhfabrik (in Weissenfels?) gestattet, unter Abkürzung der Vor- und Nachmittagspausen auf je eine Viertelstunde, die Mittagspause auf anderthalb Stunden für die Jugendlichen auszuweiden. Das heißt, der eine Schuhfabrikant hält für die Weiterführung seines Betriebes die Reduktion der Mittagspause auf eine halbe Stunde für absolut unentbehrlich, während ein anderer Schuhfabrikant für ebenso unentbehrlich die Verlängerung der Mittagspause auf anderthalb Stunden hält. Es müßte lehrreich sein, die Gründe dieser einander ganz entgegen gesetzten Maßnahmen der beiden Schuhfabrikanten kennen zu lernen.

In der Schuhfabrikation im Bezirke Preussisch-Stargard sind nach dem Berichte über die Provinz Westpreußen die Arbeitslöhne erhöht worden. Erwähnt wird ferner der Zustand der Danziger Schuhmacher, der zwecks Erhöhung der Arbeitslöhne geführt wurde, vom 22. April bis zum 9. Mai dauerte und mit dem Abschluß einer Tarifgemeinschaft auf 3 Jahre endete. Der Streik war nach ordnungsmäßiger Kündigung begonnen worden, der Entgang an Arbeitslöhnen während der Dauer des vierzehntägigen Streiks wird auf 1499 Mk. berechnet.

Ausführlicher geschildert wird der im Frühjahr ausgebrochene zwölftägige Streik der Arbeiterinnen der Schuhfabrikation der Gummiabrik Harburg-Wien in Harburg, der wegen Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen ausgebrochen war. Die Streikenden forderten höhere Stücklöhne und Entlassung von Arbeitswilligen. Insgesamt streikten über 300 Arbeiterinnen und 80 Arbeiter vom 19. März bis 10. Mai, an welchem Tage weitere Arbeiter die Arbeit niederlegten, so daß von 1500 Arbeitern 1200 im Streik standen. Am 15. Juni wurde durch Vermittelung des Bürgermeisters der Streik beendet. Die Fabrikleitung hatte sich bereit erklärt, die Streikenden nach Möglichkeit, aber nach eigener Auswahl wieder einzustellen, auch ihnen die inzwischen erhöhten Lohnsätze zu zahlen und den Mindestlohn für eine Arbeiterin nach beendeter Lehrzeit auf 2 Mk. festzusetzen. Der umfangreiche Streik ist im wesentlichen zu Ungunsten der Arbeiter verlaufen, bemerkt dazu der Aufsichtsbeamte. Wir haben in Harburg nur 29 Mitglieder, welcher Organisation gehören denn wohl die anderthalb Tausend Arbeiter und Arbeiterinnen in der Harburger Fabrik an? Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhfabrikation würden doch zweckmäßigerweise dem Verein deutscher Schuhmacher sich anschließen.

Ueber die Arbeitsmaschinen und Schutzvorrichtungen in den Schuhfabriken entnehmen wir den Berichten folgendes: In der neuen Schuhfabrik von Koffein u. Prerauer in Landesbun sind sämtliche Poliermaschinen an eine gemeinsame Staubabsaugung angeschlossen. Ein großer Ergaßtor führt den Staub in einen Wasserbehälter und schlägt ihn nieder.

An Pressen und Stanzern wird aus Kaffel berichtet, kommen noch häufig Fingerverletzungen vor. Um solche Unfälle zu vermeiden, hat ein Werkmeister nach der Anleitung des Aufsichtsbeamten eine Schutzvorrichtung angefertigt, welche die Umgangshöhe der Presse von der Benutzung beider Hände abhängig macht. Wie sich diese Schutzvorrichtung bewährt hat, wird leider nicht gemeldet.

Im Merseburger Berichte ist über das gleiche Kapitel zu lesen: „Die Gefährlichkeit der in den Schuhfabriken üblichen Stanzmaschinen zum Ausschneiden von Sohlen und Absatzes scheint auch von Erbauern solcher Maschinen erkannt worden zu sein, denn es fand sich im Berichtsjahre in einer großen Schuhfabrik eine neue Variart amerikanischer Ursprungs, die so gefahrlos wie möglich ist. Bei dieser neuen Maschine ist keine ständig auf und abwärtsgehende Drucklade vorhanden, diese steht vielmehr für gewöhnlich still über dem Arbeitstisch und wird erst dann zum Niedergang gebracht, wenn es der Arbeiter wünscht, d. h. nachdem er das Stanzmesser an richtiger Stelle auf das Leder aufgesetzt hat und dieses zusammen mit der Holzunterlage in den Wirkungsbereich der Drucklade gebracht hat. Sobald dies geschehen ist, wird durch Niedertreten eines mit einer Reibungsstoppelpfanne in Verbindung stehenden Fußhebels der Bewegungsmechanismus der Drucklade in Gang gesetzt. Diese schlägt nieder, geht aber sogleich wieder aufwärts und bleibt stehen, falls der Fußhebel losgelassen wird. Bei diesen Maschinen werden außerdem sehr viel höhere Messer als früher angewendet, so daß vollständiger Platz zum Festhalten mit den Händen vorhanden ist, diese also auch aus diesem Grunde nicht so leicht verletzt werden können. Diese Maschinen haben sich bisher durchaus bewährt, Unfälle sind nicht vorgekommen.“ Diese Mitteilung ist sehr beachtenswert.

Zum Schlusse möchten wir aus dem Erfurter Berichte noch erwähnen, daß in den Beuereieren und Mälzereien unter den Ursachen der vielen Unfälle auch ungeeignetes Schuhwerk mitwirkt. Die Feststellung ist von Wert, denn sie muß zur Folge haben, daß der Bedeutung und Zweckmäßigkeit der Fußbekleidung größere Aufmerksamkeit zugewandt wird.

Aus unserm Beruf.

— **Derford.** Wegen Lohnabzug bis zu 20 Prozent ließen sämtliche Arbeiter der Schuhfabrik Bau u. Steuer in Kündigung. Zugang ist streng ferngehalten.

— **München.** Bei Schuhmacher derselbe find Differenzen ausgebrochen. Wir eruchen, den Bezug festzustellen.

— **Mühlhausen.** Sollten Arbeiter oder Arbeiterinnen nach hier verschrieben werden, so bitten wir dieselben, erst bei der hiesigen Ortsverwaltung Erkundigungen einzuziehen, da die Verhältnisse nicht so sind, wie sie beschrieben werden. Alle Briefe sind zu richten an Fritz Edm. Mühlhausen, Altmarkt 8.

— **Bermerfelden.** Bei der Firma J. Scharb und Plasberg sind sämtliche organisierte Arbeiter in den Zustand getreten und bitten wir den Bezug der Schuh- und Schäftearbeiter fernzuhalten.

— **In der Schweiz wie in Preußen.** Wir erwähnten kürzlich aus den Berichten der preussischen Fabrikinspektoren, daß in einem großen Emallierwerk den Arbeitern Schuhe bezahlt wird, damit sie nicht barfüßig gehen und dadurch die Unfälle vermindert werden. Nun macht auch der schweizerische Fabrikinspektor Dr. Schuler in seinem jüngst veröffentlichten Amtsberichte auf die Gefahren des Barfüßigens aufmerksam, welches das Eindringen von Splittern in die Füße erleichtert und wodurch manchmal langwierig verlaufende Verletzungen entstehen. Unsere Rifen weisen nicht weniger als 22 Fälle auf, wo so Arbeitsunfähigkeit herbeigeführt wurde. Eine einzige Appreturanstalt zahlte für solche Verletzungen 175 Fr. Entschädigung. Die längst empfohlene Anschaffung leichter Pantoffeln für Arbeiter hätte diese Ausgabe erspart. — Wie viele Paar Schuhe würden alljährlich mehr verbraucht werden, wenn die Menschen mehr auf eine gute Bekleidung ihrer Füße bedacht wären.

— **Erfurter mechanische Schuhfabrik, Aktien-Gesellschaft, Abvergeben bei Erfurt.** Im Geschäftsjahre 1901/1902 erhielt sich die Unterbilanz weiter von 202 878 auf 414 911 Mk. bei 1,20 Millionen Markt Aktienkapital und 400 000 Mk. Obligationenkapital. Der Geschäftsbericht begründet den neuerlichen Verlust mit der fortgesetzten Anflutung von Fälligen, deren viele am 1. Oktober eingehen werden, und mit der weiten Wucherung auf die Borräte, die jetzt überhaupt zum Buchwert veräußert werden könnten. Durch die Anflutung der Fälligen, für die nicht so schnell Erfolg bei andern Kunden zu schaffen war, lag die Gesellschaft im zweiten Halbjahre zu einer bedeutenden Betriebs Einschränkung gezwungen. Hauptsächlich Angaben über Umsatz und Preisbewegung läßt der Bericht vermischen. Die Einnahme auf Warenrechnung auf 294 236 Mk. (i. S. 269 885 Mk.) zurück; für Warenfortreibungen wurden diesmal 198 424 Mk. (268 762 Mk.) vermindert. Wie sich diese auf die einzelnen Konten verteilen, ist nicht zu ersehen. Waren und Rohmaterialien sind von 655 670 Mk. weiter auf 491 515 Mk., die Debitoren von 508 611 Mk. auf 292 940 Mk. zurückgegangen. Die Verpflichtungen bestanden Ende 1901 außer 400 000 Mk. Obligationen und 50 000 Mk. Hypotheken aus 146 823 Mk. Buch- und Acceptschulden. Gegenwärtig habe die Gesellschaft infolge der Reorganisation bis zum Späthjahre 1901 die Beschäftigung so daß sie auf bessere Erfolge hoffen zu dürfen glaube. Die Ge-

neralversammlung beschloß ferner Verlegung des Geschäftsjahres vom Kalenderjahr auf Ende Juni.

Freier Sonnabend-Nachmittag in Schuhfabriken. In einer schweizerischen Schuhfabrik hatten auf Veranlassung des Fabrikanten die verarbeiteten Arbeiterinnen darüber abzustimmen, ob sie den Sonnabend-Nachmittag frei haben wollten oder nicht. In der gegebenen Abstimmung haben sich dann 43 Arbeiterinnen gegen die Freigabe, 42 für dieselbe entschieden. So daß fast Stimmengleichheit vorliegt. Die Angelegenheit wurde dann in der Reihe geschiedet, daß diejenigen, die es wünschten, auf Anfrage hin immer am Sonnabend-Nachmittag zu Hause bleiben können. In England und Australien ist für die meisten Fabrikarbeiter der Sonnabend-Nachmittag frei und zwar für die weitaus insolge gefestigten Vorschriften. Dazu müssen wir auch in Deutschland nachkommen.

Die organisierten Schuhmacher Italiens betreiben gegenwärtig eine rege Agitation gegen die Herstellung von Schuhwaren in den Gefängnissen. Von 28.000 Gefangenen der verschiedenen Strafanstalten sind 2788 Männer und 20 Frauen mit der Schuhmacherei beschäftigt. Wahrscheinlich arbeiten auch noch mehrere von den 660 Wärtern in dieser Gewerbe. Die Gesamtarbeit aller Gefangenen macht im Jahre 8 Millionen Arbeitsstunden und einen Produktionswert von mehr als 20 Millionen Franken aus. Ein Paar Stiefel, für das der freie Arbeiter 8.50 Fr. erhält, wird vom Wärter der Gefängnisarbeit mit 1.40 Fr. bezahlt, wovon 1 Fr. dem Staate und 40 Cts. dem Sträfling zurfallen. Dabei handelt es sich um sauber ausgeführte Arbeit, die von der Privatindustrie nicht übertroffen werden könnte.

Die Schuhindustrie Schwedens umfaßt gegenwärtig 80 mechanische Schuhfabriken mit einer Jahresproduktion von 15 Millionen Kronen im Werte. Zwei Fabriken, wovon die eine in Stockholm, die andere in Bernesborg, beschäftigen je circa 500 Arbeiter. Nach vor zehn Jahren gab es nur einige wenige kleinere mechanische Schuhfabriken in Schweden. Gegenwärtig liegt die schwedische Schuhindustrie infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise darnieder.

Der englische Gewerksverein der Schuh- und Stiefelarbeiter hat auf seiner von uns bereits erwähnten 15. Halbjahreskonferenz in Bristol eine Resolution mit folgenden Forderungen angenommen: Brangeweise staatliche Schiedsgerichte in Arbeitsstreitigkeiten, gleichmäßige Lohnsätze für dieselben Arbeiten im ganzen Gewerksverein, damit Arbeit nicht von hochgelohnten nach niedergelohnten Bezirken übertragen werden kann, Aufhebung der Unterwerfung von Arbeitertribunalen für das Parlament. Die Aufhebung der letzten Forderung ist eine Folge der neuen Verfassungen der englischen Gewerkschaften, die nun mit den bürgerlichen Parteien, vor denen sie vertreten und verhandelt werden, nicht mehr zusammen gehen, sondern eine eigene selbständige Arbeiterpartei mit eigener Arbeiterpolitik bilden wollen. Auch die übrigen Forderungen sind sehr beachtenswert.

Ausstellungen. Der „Schwäbischen Tagwacht“ wird von hier geschrieben: Mit des Geschäftes Mägen ist kein einiger Bund zu flechten — dieses Wort hat sich wieder einmal an einer gefährlichen Plage der Arbeiterität bemerkt. Der bekannte Verführer Käfer, mit dem wir uns auch an dieser Stelle schon beschäftigt haben, ist endlich entlassen worden. Erleichtert atmen die Arbeiter, welche unter ihm gelitten haben, auf. Der Schuhfabrikant Dilmann scheint nun doch endlich eingesehen zu haben, daß mit einem ständigen Arbeiterverband besser zu arbeiten ist, als wenn fortwährend Wechsel herrscht. Diesen Fall mögen diejenigen beachten, welche heute noch in Käfers Fußstapfen wandeln. Sonst wird auch sie noch das Schicksal ereilen.

Berein deutscher Schuhmacher contra Fabrikantenverband.

Trotzdem die Ortsgruppe Bernschloßes abgelehnt hatte ihrem Vorsitzenden, Herrn Manz, die gewünschte Aufklärung über den Fall der Einmischung der Arbeiter bei der Aufstellung von Maschinen zu geben, scheint Herr Fierhardi sich jetzt mit einem Male etwas Besseres bekommen zu haben. Verknüpfend: Auf die letzte Aeusserung des Vorstandes antwortet Herr Manz: An den Vorstand des Vereines deutscher Schuhmacher Mannberg.

Auf Ihre gefällige Zuschrift vom 3. Juli kam ich erst heute antworten, da mir jetzt erst der nötige Aufschluß zukam. Die Herren Fierhardi und Blasberg erklären mir, daß sie seiner Zeit bei der Aufstellung der Schuhmaschinen Disserenzen mit den Arbeitern hatten und daß, als sie die betreffende Maschine wieder aus dem Arbeitsraum entfernten, von seiten der Arbeiter Garantien von ihnen dafür verlangt worden seien, daß die Maschine auch später nicht aufgestellt würde.

Das müssen wir als eine unberechnete Einmischung der betreffenden Arbeiter bezeichnen.

Die genannten Herren bestreiten übrigens, daß sie Herrn Simon nichts befehligt haben, als ob die Darstellung der Arbeiter auf Nichtigkeit beruhe; auch haben sie mit keinem Herrn nicht „verhandelt“, sondern ihn lediglich aus Höflichkeitsschulden empfangen.

Hochachtungsvoll
Manz, Vorsitzender des Vereines deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten.

Hierauf erwiderte unter Zentral-Vorstand:
Mannberg, den 26. Juli 1902.
An den Vorsitzenden des Verbandes der Schuh- u. Schäftefabrikanten Herrn Kommerzienrat Manz in Mannberg.

Auf Ihre gefällige Schreiben vom 24. d. M. erlauben wir uns Ihnen mitzuteilen, daß wir an der Darstellung des Falles Fierhardi u. Blasberg, wie wir ihn in unserem Schreiben vom 8. d. M. gegeben, festhalten müssen, da wir ganz genaue Informationen eingezogen haben, an deren Richtigkeit nicht zu zweifeln ist.

Hochachtungsvoll
Der Vorstand des Vereines deutscher Schuhmacher. F. Simon.

Es wäre doch für die Herren Fierhardi u. Blasberg ein Leichtes, die Arbeiter mit Namen anzuführen, die im Auftrag oder eigene ein solches Ansehen gestellt hätten. Warum ist das nicht geschehen? Vor allem handelt es sich darum, ob organisierte Arbeiter des Vereines deutscher Schuhmacher dies Verlangen gestellt haben, wie man sich den Anschein auf der Generalversammlung des Verbandes gab.

Wie der Vorstand des Vereines bemerkt, ist dies unmöglich und deshalb läßt jene Behauptung deren Urheber in recht sonderbarem Licht erscheinen.

Die Berliner Schuhindustrie im Jahre 1901.

In dem oben veröffentlichten zweiten Teil des Jahresberichtes des Arbeitskollegiums der Berliner Kaufmannschaft über Handel und Industrie von Berlin im Jahre 1901 wird auch eine längere Schilderung der Wirtschaftslage der Schuhindustrie gegeben. Danach war der Geschäftsgang in der ersten Hälfte des Berichtsjahres durchaus befriedigend. Die Fabriken waren voll beschäftigt und der größte Teil der Fabrikate dürfte Absatz gefunden haben. Später, in der zweiten Hälfte des Jahres, gestaltete sich in Verbindung mit den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen die Schuhwaren-Fabrikation ungunstiger; verschiedene Betriebe wurden eingestürzt und Arbeiterentlassungen waren die Folge. Das war

freilich kein richtiges Verfahren. Die notwendige Betriebsaufrechterhaltung sollte nur durch Reduktion der taglichen Arbeitszeit oder der wöchentlichen Arbeitszeit bewirkt werden. Die Unternehmer sollten sich darüber klar sein, daß mit jedem entlassenen Arbeiter ein Käufer und Konsument verloren geht, für so lange, bis er wieder anderweitig Arbeit und Verdienst gefunden hat. Da aber eine der Ursachen der Krise der Mangel an Käulern und Konsumenten ist, so bedeutet jede Arbeiterentlassung eine Verschärfung der Krise.

Im Anschluß an die Feststellung der vorgekommenen Arbeiterentlassungen wird dann weiter ausgeführt, daß der Handel in Schuhwaren die Quantitäten, welche hergestellt wurden, nicht mehr aufnehmen konnte und daher ein Preisübergang eintrat. Nach farbigen Beobachtungen war im vergangenen Jahre eine starke Nachfrage. Das Interesse dafür blieb während des Frühjahrs und Sommers sehr reg und die braune Farbe wurde allen übrigen vorgezogen. In weißen Leder-Schuhwaren hat sich das Geschäft ebenfalls gut entwickelt und man geht auch für die nächste Saison gute Erwartungen. Andersfarbige Schuhwaren, wie graue und bordeauxrote, fingen in der letzten Saison auch an, lebhafteres Interesse zu gewinnen und die Vorausbestellungen für die nächste Saison sind am Schluß des Jahres verhältnismäßig umfangreich gewesen. Diesen letzteren Farben stellt man für die Zukunft ein günstiges Prognostikon. Für Fußschuhe sind das Geschäft sehr günstig an; die Fabriken waren gut beschäftigt und es lagen viele Drörs vor, trotzdem von alten Vagern noch ziemlich große Vorräte vorhanden waren. In Folge der milden Witterung flocht aber in den Monaten November und Dezember der Konsum etwas. Die Umsätze dürften etwas kleiner gewesen sein als im Vorjahre; infolgedessen fand eine Ansammlung statt und waren die Vagern am Schluß des Jahres ziemlich bedeutend.

Aus einer anderen Schuhfabrik wird berichtet: Das Jahr 1901 verlief für die Schuhfabrikation des Berliner Platzes ebenfalls schlechter als das vorhergehende. Die schon längst vorhandene Ueberproduktion (die natürlich nur eine relative ist) machte sich bei der rückgängigen Konsumtion sehr fühlbar; der Umsatz war durchwegs nicht auf der vorjährigen Höhe zu halten. Die Preise bröckelten ab und die Verluste infolge von Konturen nahmen erheblich zu. Wir bilden also auf ein unlohnendes Geschäftsjahr zurück und haben leider die Aussicht, daß solche Jahre noch folgen werden. Berlin ist für die Schuhfabrikanten im allgemeinen ein ungünstiger Boden. Nur die Wall- und Fußschuhfabriken, die mit dem Arbeiter rechnen können, wenn sie gut geleitet werden, vorwärts kommen. Schade, daß diese Behauptung nicht näher begründet wird. Aber was wissen ja, daß das Glanz der Hausindustrie als dasjenige, welches die Wirtschaften nicht wappeln eines neuen Industriezweiges dienen soll. Das ist jedoch etwas durchaus ungelungen. Entweder ist die Wall- und Fußschuhindustrie unter anständigen Arbeitsbedingungen, wozu wir den Fabrikbetrieb im Gegensatz zu der gemeinlichhablichen Hausindustrie rechnen, erzielungsfähig, — und wir sind davon überzeugt — dann stelle man diese Schuhwaren auch in den Fabriken und nicht in den ohnehin ungunstigen, teuren Wohnungen der armen Schuhmacher her, oder sie kann nur bei tiefstem Glanz der Arbeiter und unter Umgehung der sozialen Gesetzgebung bestehen, dann verzichte man auf sie. Aber wir halten sie, wie bemerkt, für erzielungsfähig auch bei anständigen und gesunden Produktionsbedingungen, und wenn die begünstigten Fabrikanten etwas anderes behaupten, so legen sie die Unmöglichkeit oder die offensibare dadurch eine ganz erschreckende Unfähigkeit zur Leitung der Produktion, die sie ja sonst als ihr Privilegium betrachten. Daher sagen wir: fort mit der elenden und verelendenden Hausindustrie!

Das Angebot von billiger Ware auf diesem Plage, führt jedoch der Bericht fort, nimmt stets zu. Im Schuhwarenhandel ist noch Geld zu verdienen, mit der Fabrikation nicht mehr (na, na, aus rein idealer Rücksicht lassen die Fabrikanten doch nicht Schuhe für das Publikum herstellen!) Einige Fallimente (schwach fundierter Fabrikanten) sind in diesem Jahre vorgekommen; auch sind für das neue Jahr noch Geschäftsvoränderungen zu erwarten.

Nun kommt die Arbeiterbewegung. Der Streit und die Ausperrung werden folgendermaßen geschildert: „Nach dreijähriger Ruhe ist im März d. J. (1901) ein Arbeiterstreik ausgebrochen; bei 6 von den 32 Mitgliedern der Vorstandsverwaltung trat die Arbeit wegen Verweigerung der Lohnvorbedingungen ein. In 6 Fabriken wurden dann sofort (b. h. es wurde über sie während des Streiks in üblicher Weise die Sperre verhängt. D. Red.). Nach 14-tägigen resultierenden Verhandlungen schloß der Arbeitgeberverband seine sämtlichen Fabriken und nach 7 Wochen, während welcher die Arbeiter, durch die Not gezwungen, muntergültig zusammengehalten hatten, mußten die Arbeiter bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen.“ Durch die Not gezwungen? Wirklich? Die „Not“ bestand demnach darin, daß die kampfesfähigen Fabrikanten die verlangte Beschleibe Vorherzeugung der Arbeiter mit der Ausperrung aller Fabrik-Schuhmacher beantworteten. Not war bei diesem Kampfe allerdings im Spiele, aber nur bei den Arbeitern; denn Not (und nicht etwa Ueberfluß) war es, welche die Forderung der Lohnvorzeugung veranlaßte und Not war es, welche die seltene Ausperrung über zahlreiche Fabrik-Schuhmacher und ihre Familien brachte. So steht die Schuhmacher-Not in Berlin im Lichte der Tatsachen aus.

Zum Schluß berührt der Bericht als ein Ereignis des vergangenen Jahres die Errichtung des ersten amerikanischen Schuhwaren-Verkaufsgehilfs in Deutschland. Verkauf werden nur hochwertige Artikel zum Einzelpreis. Dabei wird wieder einmal geltend gemacht die niederen Schuhhülle Deutschlands und die hohen Schuhhülle Amerikas und als Alibi-Mittel dagegen die Erhöhung der deutschen Zölle auf die Höhe der amerikanischen erklärt. Nun hat bekanntlich der Vorsitzende des Fabrikantenverbandes, Herr Manz, jüngst in Düsseldorf als das beste Mittel gegen die amerikanischen Konkurrenz die Fabrikation besserer Waren empfohlen, was durchaus auch unsere Meinung ist. Aber dazu gehören auch gesunde Arbeits- und Lohnverhältnisse.

Antwort auf die Kritik des Meißener Kollegen.

In Nr. 27 des „Rachblatt“ befindet sich ein Artikel eines Meißener Kollegen, welcher sich mit der Haltung der Berliner Delegierten auf der Generalversammlung in München beschäftigt und zwar speziell mit der Gehaltsverhöhung der Beamten, wobei die Genannten eine zweifelhafte Stellung eingenommen haben sollen.

Ich bin gewiß der letzte, der jemand das Recht absprechen würde, Kritik zu üben, nur muß dies sachlich und maßregelnmäßig geschehen. Was der Genannte des Artikels in dem einen Satz behauptet, widerlegt er in dem andern wieder. Wer die Berliner Kollegen und Verhältnisse nicht kennt, muß mindestens nach dem Lesen des Artikels glauben, daß die Berliner Kollegen wohl nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage trachten, aber den schlechtesten Zentralbeamten ihre Forderungen nicht bewilligen wollen. Denn ist aber nicht so, die Berliner Kollegen sind ebenfalls der Meinung, daß Leute, die beratende Posten besetzen, auch anständig bezahlt werden müssen, glauben aber ganz sicher, daß ein Gehalt von 1800 Mk. jährlich auch kein Hundelohn ist, auch wenn er für einen Beamten der Schuhmanufaktur bestimmt ist.

Ich muß sagen, es ist mir schon manches im Leben passiert, aber daß man für ein und dieselbe Sache zweimal verantwortlich

gemacht werden kann, das hätte ich mir nicht träumen lassen. In Berlin dürfte man uns ab, weil wir für Erhöhung der Gehälter gestimmt haben und im „Rachblatt“ kommt man und macht uns zum Vorwurf, daß wir gegen die Erhöhung gestimmt haben; eines kann aber doch nur möglich sein.

Ich bin ebenfalls der Meinung, die Beamten gut zu bezahlen, wie oben angegeben ist, nur war aber die Gehaltsverhöhung bis 2400 Mk. zu hoch und auf Grund dessen trat ich für Antrag 15 der allgemeinen Anträge ein (siehe Protokoll Seite 138 mit Ausnahme des letzten Absatzes), der ebenfalls eine Erhöhung, wenn auch eine minimale, für die Bezirks- resp. Zentralbeamten bedeutete. Nun kam der Antrag Bezirks- resp. Zentralbeamten konnte ich getrotzt meine Zustimmung geben, weil derselbe sämtliche Beamten auf eine Gehaltsstufe stellte. Also, lieber Kollege, ich habe im allgemeinen nicht gegen die Erhöhung der Gehälter gestimmt, sondern dafür, wenn auch nicht in dem Maße, wie es verlangt wurde.

Was nun der Antrag Zoffe anbelangt, so meine ich, eine bessere Ueberumpelung konnte wohl nicht stattfinden, als in diesem Falle. Denn das ist daraus zu ersehen, daß 89 Stimmen dafür waren, während man vorher die Gehaltsliste der Kommission ablehnte, ein Zeichen für mich, daß dieser Antrag von vielen mitverstanden wurde. Anstatt daß ich nun der Meißener Kritiker freuen sollte, daß den Zentralbeamten ihr färglicher Gehalt erhöht wurde, nützt derselbe noch daran herum. Ahn scheinen die 2000 Mk. noch zu niedrig zu sein. In Meissen scheint das Paradies der Höhe zu sein, in Berlin ist es nicht. Ich glaube mich klar ausgedrückt zu haben und kann diesen Punkt verlassen.

Bei der Beratung der Anträge sollen wir auch verschiedenes geleistet haben. Das sind allgemeine Verabredungen, darauf kann ich nicht eingehen, weil nichts bestimmtes angegeben ist. Was die Anträge der Zustellen anbelangt, zu welchen mancher Delegierter nicht sprechen konnte (was uns ja im übrigen eben so ging), muß gesagt werden, daß das davon kam, weil die meiste Zeit durch den Gehalts- und Kapfenbericht, die Zustimmung Angelegenheit und die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch genommen wurde und dadurch viele Anträge durch Uebergang zur Tagesordnung ihre Erledigung fanden.

Nun wird eben mit den Beschüssen der letzten Generalversammlung so lange einzuhalten sein müssen, bis eine andere Generalversammlung anders beschließen wird.

Berlin. Bruno Olkisch.

Soziale Bundschau.

Zum Gewerkschaftskongress. Fast schien es, als wenn die Aussprache auf dem Gewerkschaftskongress über die Haltung des „Correspondent“ der Bundschuh und einzelner Parteigruppen die Folge haben würde, Frieden zu stiften und die Feindseligkeiten einzustellen. Wir gehörten nicht zu diesen Optimisten und waren längst der Meinung, daß die Vorfälle in Leipzig, Stuttgart u. nur Wajzer auf die Mühle der leidenden Personen des Bundschuhverbandes waren, um ihren Angriffen gegen die sozialdemokratische Partei den Schein der Berechtigung zu geben. Wer noch im Zweifel war und ist, daß die leidenden Personen des Bundschuhverbandes überhaupt nicht gewillt sind, die Richtung, die der Gewerkschaftskongress vorgezeichnet, zu marschieren und mit den Gewerkschaften eines Sinnes zu sein, der lese die Artikelserie des „Correspondent“, Organ der Bundschuh, über den Gewerkschaftskongress. Diese Herren sind mit ihrem Herzen und ihrer Sympathie bei den Kaufmann, Tischendörfer und den bürgerlichen Sozialpolitikern, nur haben sie nicht den Mut, es auszusprechen.

Frieden in Leipzig. Das Leipziger Gewerkschaftsstatut hat seinen Beschluß vom Dezember 1900, die Tarifgemeinschaft betreffend, nicht seine Anwendung von der Seite der Kartelle seitens der General-Kommission zur Folge hatte, aufgehoben und so den Konflikt mit derselben beendet. Nun kommt noch der Konflikt der Bundschuh-Gewerkschaft mit dem Bundschuhverband, der hoffentlich ebenfalls aus der Welt geschafft wird.

Ein günstiges Urteil über die Verkürzung der Arbeitszeit fällt der württembergische Fabrikantenrat des 1. Bezirkes. Er schreibt in dem diesjährigen Berichte: „Beispielsweise arbeiten die organisierten Bundschuharbeiter 9 bis 9½ Stunden täglich, die organisierten Holzarbeiter 9 bis 9½ Stunden. Die Leistungen der Arbeiter in dem für die verkürzte Arbeitszeit in Betracht kommenden Betrieben sind seitdem nicht geringer geworden, und es ist somit der Beweis geliefert, daß das Quantum der Arbeitsleistung nicht mit der Länge der Arbeitszeit steigt und fällt.“ Wir finden daher die Verkürzung der Arbeitszeit, die ihr einziges Kapital, die Arbeitskraft, erhalten möchte, auf Verkürzung der Arbeitszeit und die Forderung einer Normalarbeitszeit, welche gesetzlich festzulegen wäre, nicht unbedenklich. Dieses freimütige Urteil, das durch zahlreiche Erfahrungen bestätigt wird, sollen sich die Arbeitgeber zur Notiz nehmen, welche sich noch immer in einer möglichst langen Arbeitszeit einen aus der guten alten Zeit stammenden Besatzungen denken.

Das Reichamt gegen die Sozialpolitik. Die Berliner Gewerkschaftskommission hatte im November 1901 die Ergebnisse ihrer Arbeitslosenunterstützung dem Reichsamt des Innern eingereicht und in einer Vorlage gefordert, daß die Reichsregierung durch geeignete Verkürzung der Arbeitszeit, durch Gewährung des freien Koalitionsrechts (wobei gegen den bestimmten Erpressungscharakter des preussischen Justizministeriums protestiert worden war) und durch finanzielle Beihilfe an die Gewerkschaften die Arbeitslosigkeit lindern sollte. Nach 7 Monaten (!) traf endlich eine Antwort ein, welche den Antragstellern auf dem Fuß, sich wegen des Erpressungsparagrafen direkt an den preussischen Justizminister zu wenden; die Gewährung von Mitteln zur Unterstützung von Arbeitslosen wurde abgelehnt. Zu dieser sozialen Unfruchtbarkeit brauchte man 7 Monate! Eine neue Illustration unserer amtlichen Sozialpolitik.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich nach dem „Arbeitsmarkt“ von Dr. Jastrow im Monat Juni etwas gebessert. Es kamen nämlich auf 100 offene Stellen 167.8 Arbeitsuchende gegen 172 im Mai; gegenüber dem Juni in 1901, da nur 162.4 auf 100 offene Stellen kamen, war der Arbeitsmarkt im vorstehenden Juni freilich noch immer ungunstig. Der „Arbeitsmarkt“ bemerkt unter anderem damit: „Im Laufe des Monats Juni hat in der Reichshauptstadt, die bisher mit das düsterste Bild gezeigt hatte, sogar eine zwar geringe, aber ununterbrochene Abnahme des Andranges gegen das Vorjahr stattgefunden. Es kam kein Zufall sein, daß sowohl der Arbeitsnachweis von Berlin selbst, als auch die drei vor den Thoren gelegenen von Charlottenburg, Schöneberg und Hirtzow diese Verminderung überliefend melden. Wiewohl auch dieses Ergebnis auch für manche Teile Norddeutschlands als bezeichnend gelten, in Posen, Leipzig, Dortmund, M.-Gladbach u. a. schon seit zwei oder mehr Monaten ähnliches zu berichten haben. Aber keineswegs ist es nunmehr ein für ganz Deutschland zu verallgemeinern.“ So nimmt von Süddeutschland her die Arbeitslosigkeit auch das Großherzogtum Hessen ein wenig daran teil. Wie in Süddeutschland immerzu die Krisis später, langamer und schwächer eingetret ist, so zeigen sich auch jetzt keine Anzeichen von einem Nachlassen ihrer Wirkungen, die wir nicht dadurch bekräftigt, daß die Arbeitsnachweise in dem benachbarten Österreich und der Schweiz dasselbe Bild zeigen. In den Frankfurter ist die Mitteloberzahl im Laufe des Monats fast genau unverändert geblieben, während sie im Juni v. J. ein wenig (um 0.2 Proz.) zurückgegangen war. Auch hier ist an der kleinen Besserung Berlin beteiligt.

Die amtliche Frankensassen-Statistik für 1902 ist jüngst veröffentlicht worden. Danach waren in deutschen Reich in 28.021.821 Personen beschäftigt gleich 16.1 Prozent

Verfälschung und einen Lohnarif. Die Forderungen wurden ohne Erfolg, erwidert, auch erklärten sich die Arbeitgeber bereit, sämtliche Forderungen zu stellen. Es ist dies keine große Erregung, aber für den Anfang können wir zufrieden sein. An den Kollegen liegt es nun, treu und fest zur Organisation zu stehen und alle die Verfälschungen zu bekämpfen, denn nur dadurch können wir unsere Lage verbessern. In Stelle des Vorkommens solltet ihr Grundes würde Kollege Weimert, als Schriftführer alle nötigen Schritte ergreifen.

Beitragssachen. Am Sonntag, den 19. Juli fand hier eine öffentliche Schuhmacherverammlung statt mit der Tagesordnung: Der Arbeiterzeitung und die Beizenseiler Schuhfabrikanten. Der Referent, Kollege Simon-Münch, führte folgendes aus: Es ist notwendig geworden, sich mit dieser Frage vor der Beizenseiler zu befassen, da die Beizenseiler Schuhfabrikanten gegen die Schuhbestimmungen der Berufsvereinschaft an den Stanzmaschinen Protest eingelegt haben. Besonders die Vrt und Weife wie der Protest begründet wird, darf nicht unklar gelassen bleiben. Wie notwendig die weitere Ausdehnung des Schutzes der Arbeiter ist, wird durch die Statistik der Berufsvereinschaft nur zu deutlich bewiesen, wonach die Umsätze sich in geradezu erschreckender Weise vermehrt haben. Im Jahre 1886 betrug die Zahl der Umsätze 100159, davon wurden einschädigt 10540, tödlich waren 2717. Im Jahre 1896 stieg die Zahl der Umsätze auf 354789, davon wurden einschädigt 85272, tödlich waren 6989. 1900 betrug aber die Zahl der Umsätze bereits 451977, einschädigt wurden 106447, tödlich 8449. Auch im Jahre 1901 liegen die Umsätze und zwar auf 476448, wovon 117186 einschädigt wurden. Im ganzen betrug die Zahl der Umsätze von 1886 bis 1900 4084417, wovon 918969 einschädigt wurden, tödlich waren 90888. Diese erschreckenden Zahlen geben zu erkennen, daß auf dem Gebiete des Arbeiterlebens noch viel zu wünschen übrig bleibt und die Bestimmungen zur Durchziehung der notwendig erachteten Anordnungen nicht streng genug sind. Was bedeutet diesen ungeheuren Zahlen gegenüber das Vieh, das man der Sozialreformgebung singt und dabei anführt, wie viele Millionen jährlich von den Unternehmern den Arbeitern gespart werden, wobei man aber nicht bedenkt, daß dieselben erst wieder von den Arbeitern verdient werden mußten. Auch die Schuhindustrie weist eine große Zahl von Unfällen auf. In den letzten 2 1/2 Jahren betrug die Zahl der gemeldeten Unfälle 1806, von diesen entfielen 450 auf nur an Stanzmaschinen. Wiepenfels ist in der Zeit mit 190 Unfällen verzeichnet. Diesen Zahlen gegenüber ist es notwendig, den Arbeitern mehr Schutz zu gewähren und muß daher der Beizenseiler Schuhfabrikanten die Bestimmungen noch weiter ausdehnen wollen, ermöglicht entgegen getreten werden. Gerade die Arbeiter, die bei verunglückt sind, sind diejenigen, die in ihrer Existenz ausfinden, daß die Schuhfabrikanten empfindlich schädigen; ebenso wäre es nicht möglich, die Arbeitskraft und das Material gehörig auszunutzen. Wie sehr den Herren das Wohl der Arbeiter am Herzen liegt, beweist sie dadurch, daß sie den Fabrikanten, welche für die Schuhbestimmungen zustimmen, Summenzahlbettel vormerken. Inwiefern die Schuhindustrie gefährdet wird, darüber gibt der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Schuh- und Schaftefabrikanten Auskunft, indem er feststellt, daß das Duzend Stiefel höchsten 1 1/2 bis 2 Pf. teurer in der Fabrikation zu stehen kommt. Im übrigen bezieht Herr Wang die Gründe der Beizenseiler Fabrikanten als hohle Lohntretreibungen. Nach einigen technischen Ausführungen sprach sich der Referent zum Schluß dahin aus, daß wenn die Schutzvorrichtungen auch noch nicht die höchste Vollkommenheit erreicht haben, so haben wir doch zur Erhaltung unserer Gesundheit das größte Interesse daran, geschützt zu werden. Nur durch die Anwendung und den Gebrauch kann eine Vervollkommenung geschehen und die Arbeitsleistung gesteigert werden. Gegen die Ausfassung der Beizenseiler Fabrikanten gelte es energischer Protest einzulegen. Behaßter Beifall folgte den Ausführungen des Referenten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute in Weipenfel in der „Centralhalle“ stattfindende öffentliche Schuhmacherverammlung protestiert auf das allerentsetzlichste gegen die Auslassungen des Beizenseiler Schuhfabrikantenvereins über die Schutzvorrichtungen an den Stanzmaschinen, da diese Auslassungen, sowie die Beizung der Beizenseiler Fabrikanten, die Schutzvorrichtungen auszunutzen, lediglich von der Profitgier, ohne Rücksicht auf die Bestimmung ihrer Arbeiter zu nehmen, diktiert wird. Die Versammlung fordert die Mitgliedschäfte auf, streng darauf zu achten, daß bei den von der Bekleidungsindustrie-Verbandsvereinschaft vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen an den Stanzmaschinen angebracht werden.“

Verein deutscher Schuhmacher.

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Unsere Beschlüsse und Vertrauensleute, soweit dieselben noch mit der Abrechnung für das zweite Quartal revidieren, bitten wir bringen, die Abrechnung einzuwirken. Mitgliedschaften, die dieser Abrechnung nicht sofort nachkommen, erhalten mehr Material nach Zuschuß, auch werden wir genötigt, in solchen Mitgliedschaften Revisionen vornehmen zu lassen. Um nun Geld und Zeit zu sparen und die Ordnung aufrecht erhalten zu können, bitten wir nochmals die Abrechnungen für das zweite Quartal sofort fertig zu stellen und hierher einzusenden.

Folgende Mitgliedsbücher sind bei uns als verloren gemeldet, dieselben werden hierdurch für ungültig erklärt: B.-Nr. 15814, August Graf, eingetr. am 2. October 1899 zu Berlin; B.-Nr. 24070, H. Grün, eingetr. am 4. Novbr. 1901 zu Dürsten; B.-Nr. 84579, H. Kapp, eingetr. am 15. April 1901 zu Jussenbahren; B.-Nr. 10813, Jakob Willrich, eingetr. am 17. October 1898 zu Straßburg i. G.

Ausgeschlossen wurde das bisherige Mitglied F. Deder, eingetr. in Wieslochshoven. Grund des Ausschlusses: Vergehen gegen § 8 Abs. d des Statuts.

Rürnberg, den 26. Juli 1902.

Der Vorstand.

Vereinsnachrichten.

- Bremerhaven.** Alle Städte bis zu 100000 Einwohner werden erlaubt, die jetzt geltenden Satze an die Adresse des Kollegen F. Korte, Deich 184, zu einzusenden.
- Düsseldorf.** 1. Von G. Schäfer, Osterweg. 2. Von C. Hübbe bei Dierks am Mühlentberg. 3. Von J. Meier, Hauptstr. Der 2. Bev. zählt die Reizeutenerschaft mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 7 Uhr aus. Arbeitsnachweise bei G. Altens, Al. Freißeit 87. Verkehrslokale bei C. Böhm, Wedeler Chaussee, Neufabrik. Der 1. Bev. Robert Müller wohnt jetzt Neufabrikstraße 848 H.
- Stralsund.** 1. Von M. Beskewitz, Ladenstraße 48. 2. Von Gustav Müller, Frankenstr. 52. 3. Von Gustav Buiß, Langestraße 45. Das Verkehrslokal ist im Arbeiter-Kaffee, Seemowerstraße 10. Die Reizeutenerschaft wird dabei vom Verwalter zu jeder Tageszeit ausgeführt.
- Wieseln.** 1. Bev. Adolf Weimert, Schellenmarkt 18. 2. Bev. Hermann Baumgart, Schellenmarkt 18. Der 2. Bev. zählt die Reizeutenerschaft mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 7 bis 8 Uhr aus. Ausgewerkte sowie noch nicht unterzeichnungs-berechtigte Mitglieder, welche nicht länger wie vier Wochen mit ihren Beiträgen revidieren, erhalten Lotalsgehalt.

Aufforderung.

Wir erjuchen die Kollegen, welche den Aufenthalt des Kollegen Valentin Ubanat wissen, dies dem Unterzeichneten mitteilen zu wollen.

Johann Kattenbach, Osabrüt, Gallstr. 44.

Bekanntmachung.

Im Einverständnis mit der Agitationskommission in Chemnitz beruft die unterzeichnete Kommission auf den

24. August d. J., vormittags 10 1/2 Uhr

eine

Landes-Konferenz für Sachsen

in einem Restaurant „Friedenshain“, Fischergasse ein.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Agitations-Kommissionen.
2. Organisation und Agitation, eventuelle Anstellung eines Bezirksbeamten für Sachsen. (Referent wird später bekannt gegeben.)
3. Anträge.

Wir erjuchen die Kollegen in den Mitgliedschaften Stellung zu den Aufgaben der Konferenz zu nehmen und Delegierte zu wählen. Mitgliedschaften bis zu 200 Mitgliedern wählen einen Delegierten, wo mehr Mitglieder vorhanden sind, können 2 Delegierte gewählt werden.

Die Delegierten haben sich durch Mandat und Mitgliedsbuch zu legitimieren.

Durch diese Konferenz kommt die in Leipzig festgesetzte Konferenz zur nächste Ostern in Regfall.

Dresden, den 20. Juli 1902.

Die Agitationskommission in Dresden u. Sachsen. J. A.: Aug. Ludwig, Volksbaus, Risenbergerstr.

Central-Kassen und Verwandten Berufsvereine Deutschlands.

(Z. N. Nr. 91 Hamburg)

In der Sitzung des Vorstandes am 16. Juli 1902 sind die folgenden Mitglieder, deren Aufstellung unbekannt ist, nach § 5 al. a des Statuts aus der Kasse ausgeschlossen worden: Wich. Anselm 90, V. Kappel 17720, M. Conrad 16793, K. Korfisch 20693, B. Bornemann 9489, N. Wälter 11206, F. Gid 4789, H. W. J. 12814, V. Hofmann 12816, F. Garten 12299, N. W. 22814, Josef Ezech 20044, F. Starf 8498, Josef Friedrich 8475, K. Holzner 14588, M. Gungelmann 141, N. Heimgelmann 4152, S. Waier 28062, J. Weigert 28072, Karl Reichardt 28279, S. Laube 8293, Georg Haug 10963.

Hamburg, den 26. Juli 1902.

Juli Jaffe, Vorsitzender.

Bekanntmachung des Hauptkassierers.

Gelder gingen ein vom 18. bis 26. Juli: Rowas 70, Glanungen 65, Konstant 50, Schönungen 14,08, Weimar 50, Kiel 250, Buzgen 100, Annweiler 60, Wittlich 30, Colbitz 150, Bielefeld 60, Pantab 85, Hamm 100, Seibach 35, Witten 100, Bölsdon 50, Suttigart 150, Hannau 100, Glündering 15, Bodenhausen 100, Illm 50, Kierslautert 100, Sonthausen 100, Alsen 35, Reithals 100, St. Bauf 100, Grotzsch 100, Prack 200, Reusche 60, Karlsruhe 100, Södingen 120, Martzbrün 30, Schöneberg 150, Bonn 100, Gierfeld 100, Marienborn 50, Koenberg 200, Sandershausen 50, Zoblitz 100, Niedereck 60, Göttingen 60, Gofha 100, Schweinfurt 200, Gießen 40, Heidelberg 50, Langendiebach 80, Altona 500, Frankfurt 200, Siegnitz 150, Summa 4794,99 Mf. Zuschuß erhielten: Bomborf 30, Camffahl 160, Vechhausen 50, Öppingen 150, Bernerftröhen 60, Quatereden 20, Pforzheim 100, H. Steinheim 50, Bernau 50, Ritzdorf 50, Mainz 100, Heusenstamm 80, Basing 50, Schwäbisch-Gmünd 100, Stettin 50, Bruchsal 100, Offenbach 300, Obergshausen 70, Summa 1600, Mf.

Zuschuß an einzelne Mitglieder: Müller-Ullrichhaug 26,75, Höbenhaus-Walfer 12,90, Mathes-Oreienhagen 5,10, Hüschel-Bernewden 9,45, Richter-Lumping 10,50, Jehn-Kreutz-Weinheim 15,25, Begehr-Bodenberg 10,50, Felschmidt-Griesbach 18,20, Wömann-Seehau 18,30, Müllfeld-Stade 17,50, Wönnich-Warffeld 27, Vertram-Bremen 184, Zurlinghler-Waldrich 89, Wirtzel-Gera 18,55, Kraap-Halle 11,50, Kallwanger-Stein 3, Summa 427,50 Mf.

Hamburg, den 26. Juli 1902.

S. Edel, Hauptkassierer.

Briefkasten.

R. Sch., Freiburg i. B. Selbstverständlich ist die Geschichte, die der Herr erzählt, erfindener Quatsch, denn weder hat Befehl eine solche Kreuzung gefasst, noch ist er einer solchen Handlung fähig. Der „Herr“ hat einfach gelogen. Gruß, F. Nicolai, Braunshweig. Gemü und zwar der Bekleidungs-Industrie-Verbandsvereinschaft. W. R., Köln. Betrag für Inzerat in Nr. 27 erhalten.

Die Mitteilungen zum Verfallungs-Anzeiger der fälligen Nummer müssen spätestens bis Dienstag früh in unsern Händen sein, da sonst durch die später eingehenden eine Verzögerung des Druckes stattfindet und können dieselben für die Folge nicht mehr berücksichtigt werden.

Anzeigen.

Mitglieder-Verfasslungen
finden statt in:

- Altenburg am Montag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr im „Schwarzen Adler“, Kellergasse 19.
- Berlin am Sonnabend, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Llee 15. (Schaffarbeiter.)
- Bielefeld am Montag, den 4. August, abends 9 Uhr in der „Centralhalle“, Kaiser-Wilhelm-Platz.
- Bonn am Montag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Kappeler, Kasernenstraße 16.
- Braunschweig am Montag, den 4. August, abends 9 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Berber 82.
- Bremen am Montag, den 4. August, abends 9 Uhr im „Vereinshaus“, Hanfen-Straße 21/22.
- Bremervhen am Montag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr im „Gallhof zur Gide“, Langestraße.
- Charlottenburg am Montag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr im „Volksbaus“, Wönnichstr. 8.
- Dortmund am Montag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Mühlhauhen, 1. Kampfftr. 78.
- Elmsborn am Sonnabend, den 2. August, abends 8 Uhr bei Herrn Krause, Flammweg 89.
- Fürstendalbe am Montag, den 4. August, abends 8 Uhr in der „Schloßkellererei“.
- Groß Ritzterfelde am Montag, den 4. Aug., abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Lehri, Neue Dorfstr. 7.
- Hamburg am Montag, den 11. August, abends 8 1/2 Uhr in der „Leffinghalle“, Gänselmarkt 35.
- Leipzig am Montag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr im „Goldnen Frieden“, Glogauer Straße.
- Posen am Montag, den 4. August, abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Karl Bernb, Biergartenstr. 10.
- Schneeberg am Montag, den 4. August, abends 8 Uhr in Obfthof-Berghaus, Weimingerstr. 8.
- Seiffenhersdorf am Sonnabend, den 9. August, abends 1 1/2 Uhr in der „Weißagrenze“, Warnsdorf.
- Strauberg am Sonnabend, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr im Lokal Franz Magnus, Kützelmir.
- Stuttgart am Montag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus zum Goldenen Bären“, Spilingerstraße (Schaffarbeiter.)
- Wiesbaden am Montag, den 4. August, abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Koop, Vermannstr. 8.

Soeben erschien und ist durch unsern Verlag zu beziehen

Die Beschuhung
von
abnormen, kranken und Krüppel-Füßen
mit außerordentlichen Illustrationen.

von
Reinhold Gärzer.

Durch dieses Buch, das sich ausschließlich und gründlich mit den obigen Fragen beschäftigt und durch seine Erläuterungen und Anweisungen den Berufsvereinschaften an die Hand gibt, ist eine Hilfe in der Berufs-Litteratur ausgesäht. Die Beschreibung ist in keiner Schuhmachervermittlung zu erziehen, denn jeder Berufsvereinschaft findet darin über die Beschuhungsarten die nötige Auskunft.

Um die Beschüder jedem leicht zugänglich zu machen, ist der Preis auf nur 1,60 Mf. und 10 Pf. Porto festgesetzt.

Verlag der „Fachschrift für Schuhmacher“ in Gotha.

Hans Sachs-Bild.
Hans Sachs im jüngeren Mannesalter. — Preis 75 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Schuhmacher-Werkzeuge
in nur bester Qualität
empfehlen und versenden
B. Rohrbeck, Köln a. Rh.
Illustrierte Preislisten werden auf Verlangen kostenfrei zugestellt.

Redaktion, Druck und Verlag von W. Bod in Gotha.

Schemms Reisehandbuch
für wandernde Arbeiter.
Vertrieb. F. Raft, Ueber 3000 Reisender.
Eisenb.-u. 8 Strassenmarkten. Geb. 4/12.
4. veränd. Auflage. Bayl. K. Ziffern v. 1900.
Durch J. Schemm, Nürnberg, Fischerstr., u. alle Buchh.

Ein feines
Schuhmacher-Maßgeschäst
mit Schäftefabrikation, fester Kundschaft, ist billig zu kaufen von
Albert Wegmacher, Buchfeld im Bergischen.

Erinnerungen an meine Wanderjahre.
Ein sehr gelungenes Bild. — Preis 30 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition d. Bl.

Hannoversche Schuhmacher-Lehranstalt
nebst Anleitung
Modell-Winkel
für jeden Schuhmacher unentbehrlich
von
August Köster, Hannover,
Bachlehrer in den staatlichen Meisterkursen.

Anleitung für Schuhmacher
zum
Entwerfen von Mustern nach geometr. System.
Zum Selbstunterricht mit 24 Tafeln und 23 in den Text gedruckten Abbildungen.
Preis broschiert nur 3 Mark.
Zu beziehen durch die Expedition der „Fachschrift“ in Gotha.